

# Economic Democracy

## Das Modell einer demokratischen Wirtschaft vorgeschlagen von David Schweickart

Achim Brandt

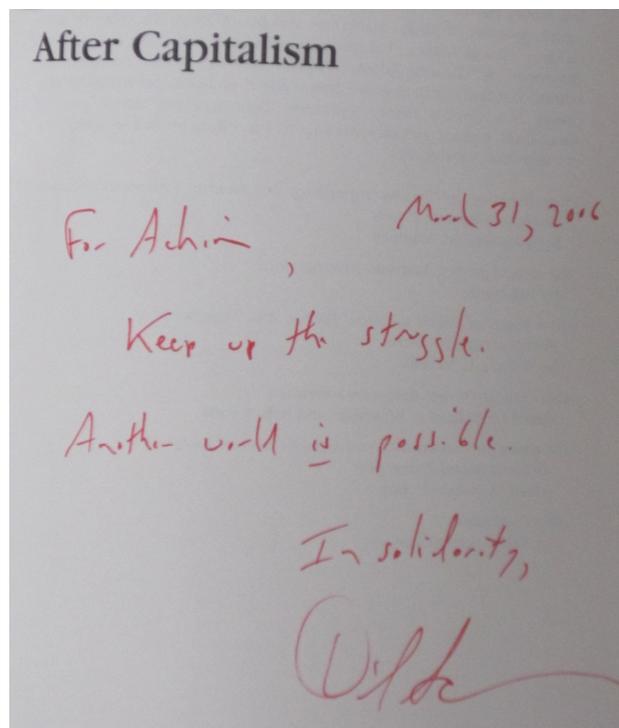
(Mitglied von Attac München)

Manuskript zum Vortrag im Arbeitskreis ArbeitFairTeilen, 17.3.2011

Version **v1.2**, 28.3.2011: Mit Ergänzungen zu Kap. 5 und 6.



Prof. David Schweickart (geb. 1942)  
Loyola University Chicago



... und seine Widmung für Achim am 31.3.2006  
anlässlich meines Besuchs

## Inhalt

<b>Vortragsankündigung, Zusammenfassung</b>	<b>4</b>
<b>Vorwort</b>	<b>4</b>
<b>Literatur</b>	<b>5</b>
<b>Links</b>	<b>6</b>
<b>Videos auf Youtube</b>	<b>6</b>
<b>1 Das Buch „After Capitalism“ (in etwa: „Ende des Kapitalismus“)</b>	<b>7</b>
<b>1.1 Zusammenfassung von Kapitel 1 „Counter-Project, Successor-System, Revolution“</b>	<b>7</b>
<b>1.2 Kapitel 2 „Justifying capitalism“</b>	<b>7</b>
<b>1.3 Kapitel 3: „Economic Democracy: Wie geht das?“ („Economic Democracy: What it is“)</b>	<b>8</b>
1.3.1 Kapitel 3.1.1: Arbeiterselbstverwaltung	10
1.3.2 Kapitel 3.1.2: Der Markt	11
1.3.3 Kapitel 3.1.3: Gesellschaftliche Investitionskontrolle	11
1.3.4 Kapitel 3.4: Eine Anmerkung zum Öffentlichen Sektor – und zum BGE	12
1.3.5 Kapitel 3.5: Fairer Handel statt Freihandel	12
<b>1.4 Kapitel 4 „Capitalism and its Discontents“</b>	<b>13</b>
<b>1.5 Kapitel 5 „Economic Democracy: Why we need it“ („ED: Warum wir sie brauchen“)</b>	<b>13</b>
1.5.1 Kapitel 5.1 „Demokratie am Arbeitsplatz: Wie sich das Verhalten der Firmen durch die neue Firmenstruktur verändert.“ (S. 128)	13
1.5.2 (S. 131:) Kapitel 5.2 „Ungleichheit“	14
1.5.3 (S. 135:) Kapitel 5.3 „Arbeitslosigkeit“	14
1.5.4 (S. 140:) Kapitel 5.4 „Überarbeitung, Leistungsdruck“	14
1.5.5 (S. 143:) Kapitel 5.5 „Armut“	14
1.5.6 (S. 151:) Kapitel 5.6 „Demokratie“	15
1.5.7 (S. 156:) Kapitel 5.7 „Ökologie, Umweltschutz“	15
<b>1.6 Kapitel 6 „Getting from here to there“</b>	<b>15</b>
1.6.1 (S. 161:) Kapitel 6.1 „Economic Democracy als Orientierungshilfe“	15
1.6.2 (S. 167:) Kapitel 6.2 „Reformen auf dem Weg zur Economic Democracy“	16
1.6.3 (S. 170:) Kapitel 6.3 „Von der Reform zur Revolution“	17
1.6.4 (S. 177:) Kapitel 6.4 „Ein neuer Kommunismus?“	17
<b>1.7 Ende – „Über den Autor“ / „About the author“</b>	<b>18</b>
<b>2 Sekundärliteratur: Mehr über die ED und David Schweickart</b>	<b>18</b>
<b>2.1 Zusammenfassung der Economic Democracy auf Wikipedia</b>	<b>18</b>
<b>3 Meine Fragen, wie angekündigt</b>	<b>18</b>
<b>3.1 Was sind die Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen der ED und der GWÖ?</b>	<b>19</b>
<b>3.2 Wie geht die ED gegen Arbeitslosigkeit vor? Wird die Arbeit in der ED fair verteilt sein?</b>	<b>20</b>
<b>3.3 David’s Überlegungen zur Einführung der ED: Auf einen Schlag, oder Schritt für Schritt? Revolution oder Evolution?</b>	<b>21</b>
<b>3.4 Was sieht die ED vor, um sich gegen Angriffe aus dem kapitalistischen Umland zu wehren (falls die Befreiung vom Kapitalismus zunächst nur regional gelingt)?</b>	<b>21</b>

- 3.5** Wo steht die ED aktuell? Gibt es Erfolge zu melden? \_\_\_\_\_ 21
- 3.6** Wäre die ED eine mögliche „andere Welt“ im Sinne von Attac? Können wir die ED und die GWÖ gemeinsam voranbringen – diesseits und jenseits des Atlantiks? \_\_\_\_\_ 21

## Vortragsankündigung, Zusammenfassung

„Eine andere Welt ist möglich.“ Unter diesem Motto diskutiert Attac Modelle für eine andere Wirtschaft jenseits des Kapitalismus – zur Zeit besonders das Modell der Gemeinwohl-Ökonomie (GWÖ) von Christian Felber. Interessanterweise wurde ein recht ähnliches Modell einer Wirtschaft, die – wie die GWÖ - zwar noch Elemente des Marktes aufweist, aber de facto sozialistische Ziele wie Gerechtigkeit, Solidarität, Demokratisierung der Wirtschaft und das Ende der Kapitalvorherrschaft anstrebt, bereits vor zwanzig Jahren in den USA vorgeschlagen: Die „**Economic Democracy**“ (**ED**) von David Schweickart, einem Philosophieprofessor aus Chicago, vor allem in seinen Büchern „Against Capitalism“ (1993) und „After Capitalism“ (2002).

Ich möchte in meinem Vortrag die wichtigsten Kennzeichen der Economic Democracy (zu deutsch etwa: „Wirtschaftsdemokratie“) vorstellen und zudem auf folgende Fragen eingehen:

- Die Wurzeln des ED-Modells: Einerseits Marx, andererseits Mondragon.
- Was sind die Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen der ED und der GWÖ?
- Wie geht die ED gegen Arbeitslosigkeit vor? Wird die Arbeit in der ED fair verteilt sein?
- David's Überlegungen zur Einführung der ED: Auf einen Schlag, oder Schritt für Schritt? Revolution oder Evolution?
- Was sieht die ED vor, um sich gegen Angriffe aus dem kapitalistischen Umland zu wehren (falls die Befreiung vom Kapitalismus zunächst nur regional gelingt)?
- Wo steht die ED aktuell? Gibt es Erfolge zu melden?
- Wäre die ED eine mögliche „andere Welt“ im Sinne von Attac? Können wir die ED und die GWÖ gemeinsam voranbringen – diesseits und jenseits des Atlantiks?

Dies ist der zweite Vortrag von mir zum Thema Economic Democracy bei Attac; der erste fand 2006 im AK Grundlagen statt ([http://www.kiesweg.de/Economic-Democracy/060705\\_Achim\\_AKGrdl\\_ED\\_16slidesExtr.pdf](http://www.kiesweg.de/Economic-Democracy/060705_Achim_AKGrdl_ED_16slidesExtr.pdf)), nachdem ich kurz zuvor David Schweickart persönlich in Chicago besuchen konnte. – Der Vortrag wird hoffentlich der Auftakt einer Reihe weiterer Präsentationen und ggf. Radiosendungen sein, mit denen ich die Idee der Economic Democracy populär machen möchte.

Bis Donnerstag (17.3.2011)  
Achim

Ergänzung 28.3.2011: Ich habe nun den Abschnitt 1.6, der das Wichtigste aus Kapitel 6 des Buches „After Capitalism“, nämlich „**Getting from here to there**“ („Wie gelangen wir dort hin?“), beinhaltet, vervollständigt. Das war zum Zeitpunkt des Vortrags noch lückenhaft. Auch Abschnitt 1.5, der das Kapitel 5 aus dem Buch zusammenfasst, ist wesentlich komplettiert worden: David zeigt hier unter anderem, dass in der ED der **Wachstumswang wegfällt** und **Vollbeschäftigung** mit hoher Wahrscheinlichkeit erreicht werden kann.

## Vorwort

„Eine andere Welt ist möglich“ ist das Motto von Attac. Das ist die Gegenthese zur neoliberalen Behauptung „There Is No Alternative“, TINA („Es gibt keine Alternative“). David Schweickart, Philosophieprofessor in Chicago, USA, ärgerte sich so sehr über diese TINA-Behauptung, dass er sich in den 1990er Jahren entschloss, sie zu widerlegen, indem er eine Alternative zum Kapitalismus erarbeitete: Die ‚**Economic Democracy**‘ (**ED**). Die ED ist ein Wirtschaftsform zwischen Kapitalismus und Kommunismus: Sie enthält Elemente der

Marktwirtschaft, wo diese angebracht sind – schafft aber die Vorherrschaft des Kapitals und der Finanzmärkte ab. Ein anderes Wort für diese Art der Wirtschaft ist „**Marktsozialismus**“. Ausgangspunkt für David Schweickart's Wirtschaftsmodell war die Cooperative Mondragón, die bekannte Genossenschaftskooperative im Baskenland.

Dieser Aufsatz fasst die wichtigsten Aspekte der Economic Democracy zusammen. Ich entdeckte das Konzept der ED um das Jahr 2003 herum durch meine Recherchen im Internet, nachdem ich in den 1990er Jahren mein eigenes Modell einer klassenlosen Marktwirtschaft entwickelt hatte (siehe [www.kiesweg.de](http://www.kiesweg.de)) und nachdem ich bei Attac aktiv geworden war, weil ich bei Attac die Chance sehe, solche Modelle einer kapitalismusfreien Marktwirtschaft weiterzuentwickeln und einer Umsetzung näherzubringen. Ich hatte im Jahr 2006 Gelegenheit, David in Chicago zu besuchen, und habe dort die ED mit David persönlich diskutiert.

Inzwischen gibt es bei Attac das Modell der Gemeinwohlökonomie von Christian Felber. Die GWÖ kann ebenfalls als Marktsozialismus bezeichnet werden. Ich will daher in diesem Aufsatz auch auf die Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen der ED und der GWÖ eingehen.

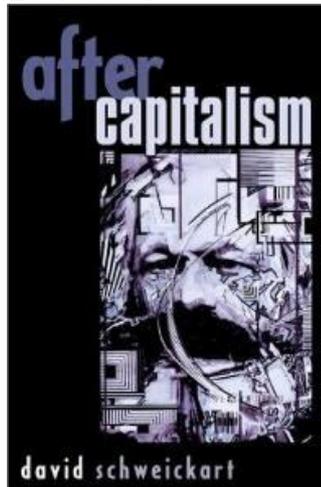
München, im März 2011

Achim Brandt

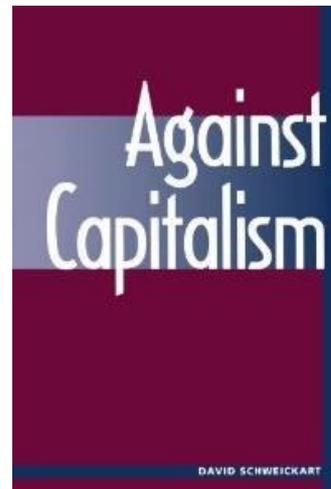
[achim@kiesweg.de](mailto:achim@kiesweg.de)

## Literatur

[DS2002] David Schweickart, *After Capitalism* (Rowman and Littlefield, 2002) - ISBN 0-7425-1300-9.



[DS1993] David Schweickart, *Against Capitalism* (1993)



[MS1998] Bertell Ollman: „Market Socialism: The Debate Among Socialists“. Buch, 1998, siehe <http://www.nyu.edu/projects/ollman/books/ms.php> und <http://www.amazon.com/Market-Socialism-Debate-Among-Socialist/dp/0415919673>

[AB1999] Achim Brandt, „*Marktwirtschaft statt Kapitalismus: Reichtum für alle*“ (von Januar 1999). <http://www.kiesweg.de/book9901.PDF> (Das ist mein eigener erster Entwurf für eine vom Kapitalismus befreite Marktwirtschaft. Außerdem eine Zusammenfassung von „Das Kapital“, Band 1 bis 3, für Ingenieure.)

## Links

Unter dem Stichwort „David Schweickart“ findet man im Internet jede Menge Hinweise auf D.S. und die ED. Hervorzuheben sind:

<a href="http://en.wikipedia.org/wiki/David_Schweickart">http://en.wikipedia.org/wiki/David_Schweickart</a>	Wikipedia zu D. S.
<a href="http://www.solidarityeconomy.net/author/david-schweickart/">http://www.solidarityeconomy.net/author/david-schweickart/</a>	Diverse Artikel von D. S. im Diskussionsforum „Solidarity Net“. Unter anderem der Disput zwischen David S, und Michael Albert, dem Autor von „Parecon“.
<a href="http://www.solidarityeconomy.net/2006/09/28/nonsense-on-stilts-michael-alberts-parecon/">http://www.solidarityeconomy.net/2006/09/28/nonsense-on-stilts-michael-alberts-parecon/</a>	Die Debatte zwischen Schweickart und Michael Albert, dem Autor von „Parecon“ (Participatory Economy). David nannte Parecon „Nonsense on stilts“ (Unsinn auf Stelzen), weil er Parecon für gestelzt und im Ansatz verfehlt hält.
<a href="http://www.kiesweg.de/Economic-Democracy/2010-DS_Virginia.Upp.pdf">http://www.kiesweg.de/Economic-Democracy/2010-DS_Virginia.Upp.pdf</a>	(26 Folien, 5 MB): David Schweickarts Folien für Virginia und Uppsala 2010 „But there IS an Alternative“. – Video vom Vortrag siehe unten.
<a href="http://www.kiesweg.de/Economic-Democracy/060705_Achim_AKG_rdl_ED(Ac060704.1646).pdf">http://www.kiesweg.de/Economic-Democracy/060705_Achim_AKG_rdl_ED(Ac060704.1646).pdf</a>	Achims Vortrag im AK Grundlagen am 5.7.2006 „Marktsozialismus: Economic Democracy (Wirtschaftsdemokratie) von David Schweickart“. 29 Folien, ca. 1 MB
<a href="http://www.kiesweg.de/Economic-Democracy/060705_Achim_AKG_rdl_ED_16slidesExtr.pdf">http://www.kiesweg.de/Economic-Democracy/060705_Achim_AKG_rdl_ED_16slidesExtr.pdf</a>	Achims Vortrag im AK Grundlagen am 5.7.2006; Kurzfassung. 16 Folien, je 2 auf 1 Seite, ca. 0,3 MB

## Videos auf Youtube

<a href="http://www.youtube.com/watch?v=OT4cNwC-aGQ">http://www.youtube.com/watch?v=OT4cNwC-aGQ</a>	David Schweickart: Vortrag in Uppsala, Schweden, Juli 2010. Teil 1 von 10 Teilen mit je 10 Minuten. – Die Folien hiervon sandte mir David, sie sind auf meiner Homepage <a href="http://www.kiesweg.de">www.kiesweg.de</a> verfügbar, s.o.
<a href="http://www.youtube.com/watch?v=Et91qXGMLwA">http://www.youtube.com/watch?v=Et91qXGMLwA</a>	Vortrag von David Schweickart mit Argumenten zu Michael Albert's Parecon. Ca. 2009?

Diese Youtube-Videos und noch mehr zum Thema sind zu finden auf <http://www.youtube.com/> bei Suche nach „David Schweickart“.

*Der Dollar hat nachgegeben,  
die Mark ist nicht mehr, was sie mal war -  
nur der Groschen will und will nicht fallen.*  
(Präambel in meinem, Achims, Buch [AB1999])

*„Ein Gespenst geht um in Europa – das Gespenst des Kommunismus.“  
„A specter is haunting Europe – the specter of Communism.“*  
(Erster Satz des Kommunistischen Manifests, und von Kapitel 1 von „After Capitalism“ [DS2003])

## **1 Das Buch „After Capitalism“ (in etwa: „Ende des Kapitalismus“)**

### **1.1 Zusammenfassung von Kapitel 1 „Counter-Project, Successor-System, Revolution“**

Das Kapitel enthält

- Anforderungen, die eine „Nachfolge-Theorie“ erfüllen muss.
- Stellungnahme zu Marx.
- Grundsätzliche Kritik an Zinseinkommen
- Eine Übersicht über die folgenden Kapitel.

Einige wichtige Aussagen:

- Kapitalisten leisten – in dieser Funktion – keinen Beitrag zum Produktionsprozess.
- Die Börse und andere „Anleger-Spiele“ sind unfair.
- Sparvermögen in privater Hand ist nicht nur überflüssig für das Wirtschaftswachstum, sondern oft sogar schädlich – daher sind Zinseinkommen nicht gerechtfertigt. (S. 17).

### **1.2 Kapitel 2 „Justifying capitalism“**

Hier geht David auf die gängigen Argumente ein, mit denen der Kapitalismus üblicherweise gerechtfertigt wird. Es kommt sogar ein wenig Mathematik vor (aber ohne Formeln): David zeigt, wie die „Grenznutzentheorie“ (Ende des 19. Jahrhunderts) – die als Gegenentwurf zur klassischen Arbeitswertlehre entstand – es fertigbringt, die Beteiligung der Kapitalanleger und der Bodeneigentümer am Produktionsprozess als „Contribution“, also „Beitrag“ oder auch „Leistung“ darzustellen, die es rechtfertigt, dass der/die Kapitalist/in einen Anteil am Ergebnis der Produktion bekommt, obwohl er/sie keinerlei Arbeit in den Produktionsprozess hineingesteckt hat. Ein Bild (S. 28) veranschaulicht ein wichtiges mathematisches Theorem der Grenznutzentheorie – wodurch sie überhaupt erst wissenschaftliche Anerkennung fand.

Ich zitiere die Zusammenfassung des Kapitel 2, wie sie auf S. 17 steht:

Kapitel 2 zeigt, was die Kennzeichen des Kapitalismus sind, und erläutert die wichtigsten Begriffe wie Kapital, Kapitalist, Unternehmer, Investition und Sparvermögen. Es zeigt sich, dass diese Begriffe verbunden sind mit sogenannten „nicht-vergleichenden“ Rechtfertigungen für den Kapitalismus (also Argumente, die nicht auf Alternativen verweisen), die man sich anschauen sollte, weil sie Licht auf die inneren Zusammenhänge des Kapitalismus werfen. Kapitel 2 widerlegt alsdann diese Rechtfertigungen. Wir gelangen zu folgenden Ergebnissen, die konträr zur allgemeinen Meinung sind:

- Kapitalisten leisten in ihrer Funktion als Kapitalisten keinen Beitrag zur Produktion.
- Die Aktienbörse und andere „Kapitalanleger-Spiele“ sind unfair.
- Private Ersparnisse sind nicht nur **unnötig** für das wirtschaftliche Wachstum, sondern oft auch schädlich – daher sind Zinseinnahmen nicht gerechtfertigt.

Kapitel 2 endet mit einem Ausblick, was Kapitel 3, die Darstellung der Alternative, nun zu leisten hat; Zitat S. 43:

Aber es gibt keine Alternative, oder doch? Das ist das Mantra: TINA, TINA, TINA. Natürlich gibt es immer Alternativen, aber die Frage ist: Gibt es eine Alternative, die besser und erstrebenswerter ist (als der Kapitalismus)?

Wir müssen nun das mit Sicherheit stärkste Argument für den Kapitalismus angreifen. Dabei kann der Leser bereits alles im Kopf haben, was wir bis hierher bewiesen haben:

- Kapitalanlage ist keine wirklich produktive Tätigkeit.
- Die meisten Kapitalisten sind keine Unternehmer.
- Diejenigen, die Geld verfügbar haben, um es auf den Finanzmärkten einzusetzen, machen damit Gewinne auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung.
- Niemand muss Konsumverzicht leisten als Voraussetzung für Wirtschaftswachstum.
- Geld zu sparen kann sich auf die Wirtschaft (sogar) schädlich auswirken.

Der Leser wird möglicherweise all dies bejahen – und kann dennoch weiterhin daran zweifeln, dass es eine andere Wirtschaft geben kann, die bessere Ergebnisse hervorbringt als diejenigen Einrichtungen, die wir Kapitalismus nennen. Jeder weiß zwar, dass die Geschichte des Kapitalismus voll von Lärm und Raserei („sound and fury“) ist: Rücksichtslose Eroberungen, Sklaverei, systematische Gewalt gegen Arbeiter, mörderische Kriege mit unvorstellbaren Zerstörungen; aber jetzt, wo die westliche Demokratie sich offenbar fest etabliert hat, zumindest in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern, und jetzt, wo das sowjetische und die osteuropäischen sozialistischen Experimente gescheitert sind, ist das vergleichende Argument zugunsten der Überlegenheit des Kapitalismus wirklich stark. Wenn wir Effizienz und Wachstum, Freiheit und Demokratie wollen – sollten wir dann nicht am Kapitalismus festhalten? Würde nicht jeder Versuch, unsere ökonomischen Einrichtungen von Grund auf zu ändern anstatt nur ihre Ecken und Kanten zu korrigieren, das Huhn schlachten, das uns all diese goldenen Eier legt? Das sind schwierige Fragen, die wir nun anpacken müssen.

### **1.3 Kapitel 3: „Economic Democracy: Wie geht das?“ („Economic Democracy: What it is“)**

Eine Inhaltsangabe des Kapitel 3 ist auf S. 17 (in Kapitel 1) zu finden:

(Aus der bisherigen Kapitalismuskritik) folgt noch nicht, dass der Kapitalismus ungerechtfertigt ist. Es könnte ja sein, dass der Kapitalismus – egal wie ungerecht er ist – dennoch das Beste ist, was wir armen, begrenzten Menschlein zustandebringen können. Um diese Behauptung zu entkräften, müssen wir eine **Alternative** darstellen. Dies macht Kapitel 3.

Als erstes erläutere ich die Komponenten des „Basismodells“ der Economic Democracy (ED), verbunden mit Belegen für die Behauptung, dass die ED aus ökonomischer Sicht funktionieren kann. Einer dieser Belege ist der bemerkenswerte Erfolg des höchst ungewöhnlichen ökonomischen Experiments in der Stadt **Mondragon** im Baskenland in Spanien.

Zunächst werden die Komponenten der ED innerhalb eines einzelnen Landes dargestellt. Jedoch müssen wir angesichts der Globalisierung und der damit einhergehenden zunehmenden Abhängigkeiten zwischen den Nationen auch Prinzipien der Wechselwirkung zwischen den Nationen benennen. Auch dies findet sich in Kapitel 3. Die ED besteht auf „**Fairem Handel**“ im Gegensatz zum

Freihandel; daher wird die ED eine Politik des „**Sozialistischen Protektionismus**“ beinhalten.

Kapitel 3 endet mit einem Verweis auf das „Erweiterte Modell“ der ED: ein Modell, welches zwar theoretisch weniger strikt ist als das Basismodell, das aber immer noch denselben Prinzipien folgt. Im Erweiterten Modell können Geldanleger Guthabenzinsen verdienen, und Unternehmerpersönlichkeiten können echte Kapitalisten werden. Diese Zugeständnisse sind – wie wir sehen werden – möglich, ohne dass die gänzlich neuen Leitlinien, auf denen die Wirtschaft als Ganzes beruht, gestört werden.

Zitat S. 46:

Das Modell beruht auf ... Kenntnisnahme verschiedener historischer „Experimente“ des 20. Jahrhunderts, besonders das der Sowjetunion, Nachkriegs-Japan, Titos Jugoslawien, China nach Mao, und (viel kleiner, aber extrem wichtig) die höchst ungewöhnliche Genossenschaftskooperative (Mondragon) im Baskenland.

Das Modell ist außerdem das Ergebnis der Analyse zweier Missstände im Kapitalismus ... die beide als „Demokratiedefizit“ bezeichnet werden können – also das Fehlen von demokratischer Kontrolle über die Lebensumstände, die uns vital betreffen.

Das erste Thema ist Demokratie am Arbeitsplatz. Es ist ein schreiender Widerspruch der modernen kapitalistischen Gesellschaft, dass die Bevölkerung für kompetent genug gehalten wird, ihre politische Führer zu wählen – aber nicht ihre Vorgesetzten in der Arbeit. ... Dabei zeigen Untersuchungen, dass **Demokratie am Arbeitsplatz funktioniert** – in der Regel funktioniert sie sogar besser als die Herrschaft der Eigentümer, also die kapitalistische Form der Arbeitsorganisation.

Das zweite besorgniserregende Thema ist die heutige „Hypermobilität“ des Kapitals. Der Großteil des Kapitals im Kapitalismus gehört Privatpersonen. Da es ihr Eigentum ist, können sie damit machen, was sie wollen. Sie können es investieren wo und in was sie wollen, oder es gänzlich bleiben lassen, wenn ihnen die Profitaussichten zu gering sind. Diese Freiheit jedoch, verknüpft mit den heutigen technischen Übertragungsmöglichkeiten, gibt dem Kapital ein Ausmaß von Beweglichkeit, das heute weltweit ökonomische und politische Unsicherheit hervorruft. Die Finanzmärkte haben die Herrschaft inne, egal wie „demokratisch“ die politischen Systeme zu sein behaupten, und diese Herrschaft ist oft unberechenbar, oft zerstörerisch.

Werfen wir einen Blick auf die sozialistische Alternative zum Kapitalismus ... Die ED teilt mit dem Sozialismus die gemeinsame Überzeugung, dass das Privateigentum an Produktionsmitteln eingeschränkt werden muss, wenn die Menschheit vorwärtskommen will.

David fährt fort (S. 47):

**Economic Democracy** kann wie der Kapitalismus **durch drei Merkmale definiert** werden, wovon die ED das zweite Merkmal mit dem Kapitalismus gemeinsam hat:

1. **Arbeiterselbstverwaltung:** Jedes Wirtschaftsunternehmen wird von seinen Mitarbeitern demokratisch kontrolliert.
2. **Der Markt:** Die Unternehmen interagieren miteinander und mit den Verbrauchern in einem Umfeld, das weitgehend frei ist von staatlichen Preiskontrollen. Rohmaterial, Maschinen und Konsumgüter werden alle gekauft und verkauft zu Preisen, die sich weitgehend durch Angebot und Nachfrage ergeben.

3. **Investitionskontrolle durch die Gesellschaft:** Finanzmittel für Neu-Investitionen werden durch eine „**Kapitalsteuer**“ aufgebracht und durch ein Netz **öffentlicher Investment-Banken** in die Wirtschaft zurückgeschleust.

Und weiter (S. 47):

Erinnern wir uns (zum Vergleich), dass der **Kapitalismus** gekennzeichnet ist durch:

1. Privateigentum an Produktionsmitteln
2. Den Markt, und
3. Lohnarbeit

Das sowjetische Wirtschaftsmodell schaffte das Privateigentum an Produktionsmitteln ab (durch Kollektivierung aller Ländereien und Fabrikanlagen) und ebenso den Markt (durch Einsetzen der zentralen Planung), behielt jedoch die Lohnarbeit bei (!). Die ED schafft das private Produktionsmitteleigentum ab sowie die Lohnarbeit, jedoch unter Beibehaltung des Marktes.

Mir scheint, hier ist eine hübsche Tabelle angebracht, die die ED zwischen Kapitalismus und Sowjet-Sozialismus (Realsozialismus des Ostblocks) einordnet:

	<b>Kapitalismus</b>	<b>Economic Democracy</b>	<b>Realsozialismus</b>
<b>Privateigentum an Produktionsmitteln</b>	ja	überwunden	überwunden
<b>Markt für Waren und Dienstleistungen</b>	ja	beibehalten	abgeschafft
<b>Lohnarbeit</b>	ja	überwunden	beibehalten

### 1.3.1 Kapitel 3.1.1: Arbeiterselbstverwaltung

Zitat S. 48:

Die meisten Unternehmen werden einen gewählten Betriebsrat haben („workers' council“), der einen Geschäftsführer oder Vorstand und gegebenenfalls weitere leitende Manager ernennen wird. Das Management wird nicht vom Staat ernannt oder von der ganzen Gemeinschaft (oder Gemeinde?) als Ganzes, und es wird auch nicht, wie in einer kapitalistischen Firma, von einem Aufsichtsrat bestellt, der von Aktionären gewählt wurde. (Es gibt nämlich in der ED keine Aktionäre mehr.)

...

Obwohl die Arbeiter über ihren Betrieb („workplace“) bestimmen, sind sie nicht die „Eigentümer“ der Produktionsmittel. Die Produktionsmittel gelten als Gemein-Eigentum der ganzen Gesellschaft. Die Arbeiter und Angestellten haben das Recht,

- das Unternehmen zu leiten,
- das Firmenkapital nach ihren Vorstellungen zu verwenden und
- den gesamten Nettogewinn, der aus der Produktion entspringt, unter sich aufzuteilen.

Das gesellschaftliche Eigentum am Firmenkapital manifestiert sich auf folgende zwei Arten (in folgenden zwei Verpflichtungen gegenüber dem öffentlichen Bankwesen):

- Alle Firmen müssen eine Steuer auf ihr Firmenkapital zahlen; die Steuer fließt in das Investitionskapital der Gesamtgesellschaft ein. (Mehr dazu weiter unten.)
- Die Firmen sind verpflichtet, den Wert des Kapitalstocks zu erhalten, der ihnen anvertraut ist. Das heißt, sie müssen einen Abschreibungs-Fonds aufbauen als Ausgleich für die Abschreibung (Entwertung) des Sachkapitals. Rücklagen für Instandhaltung und Ersatz müssen gebildet werden. Diese Rücklagen dürfen für alle Formen von Ersatzinvestitionen oder

Verbesserungen im Sinne der Firma verwendet, aber nicht zur Aufstockung der Gehälter missbraucht werden.

### 1.3.2 Kapitel 3.1.2: Der Markt

Zitat S. 49:

Die **Economic Democracy ist eine Marktwirtschaft**, zumindest was die Allokation von Konsumgütern und Investitionsgütern („capital goods“) betrifft. ...

Da die Firmen in der ED auf dem Markt einkaufen und verkaufen, streben sie danach, einen Gewinn zu erzielen. („Gewinn“ ist kein Schimpfwort in dieser Form des Sozialismus.) Allerdings ist „Gewinn“ in einer von den Mitarbeitern betriebenen Firma nicht dasselbe wie der kapitalistische Gewinn; er wird anders berechnet. Marktwirtschaftliche Firmen, egal ob kapitalistisch oder in Arbeiterselbstverwaltung, streben danach, die Differenz zwischen dem Gesamt-Verkaufserlös und den Gesamtkosten zu maximieren. **Jedoch gilt in einer kapitalistischen Firma die Arbeit als ein Kostenfaktor, in einem Mitarbeiterunternehmen dagegen nicht.** In der ED ist die Arbeit nicht einer der „Faktorleistungen“ auf der Ebene von Boden und Kapital. Stattdessen ist die Arbeit der letzte Anspruchsberechtigte. Die Mitarbeiter der Firma bekommen alles, was übrig bleibt, nachdem alle anderen Kosten, einschließlich der Abschreibungen und der Kapitalsteuer, beglichen wurden. (Wie wir sehen werden, hat dieser zunächst gering erscheinende strukturelle Unterschied weitreichende Konsequenzen.) ...

Weiter S. 49:

„**Marktsozialismus**“ ist ein kontroverses Thema unter Sozialisten. Ich und viele andere haben seit jeher argumentiert, dass eine **zentrale Planwirtschaft**, die üblicherweise als sozialistische Alternative zur Marktwirtschaft angepriesen wird, vom Ansatz her **fehlerhaft** ist, und dass Vorschläge für eine dezentrale Planung ohne Marktmechanismen nicht funktionieren. ...

### 1.3.3 Kapitel 3.1.3: Gesellschaftliche Investitionskontrolle

Zitat S. 50:

Dies ist das technisch komplexeste Element der ED. Allerdings ist es immer noch weit einfacher als die Institutionen, die für Investitions-Mechanismen im Kapitalismus eingesetzt werden (nämlich die mysteriösen, allmächtigen „Finanzmärkte“) ...

... In der ED wird Geld für Investitionen in einer direkteren und transparenteren Weise aufgetrieben. Wir besteuern einfach das Firmenkapital der Unternehmen – also Boden, Gebäude (Immobilien) und Ausrüstung. Diese Steuer – eine Flat Rate – kann als Leasinggebühr betrachtet werden, die die Mitarbeiter eines Unternehmens für die Verwendung des gesellschaftlichen Eigentums, das allen gehört, zu zahlen haben.

S. 51:

... Jede Region des Landes und jede Gemeinde hat ein Anrecht auf einen gerechten Anteil am nationalen Investitions-Fonds. „Gerechter Anteil“ heißt in erster Linie, „pro-Kopf-Anteil“, das heißt, wenn ein Region A einen Bevölkerungsanteil von X Prozent hat, dann bekommt sie X Prozent des Geldes, das für Neuinvestitionen zur Verfügung steht. ...

### 1.3.4 Kapitel 3.4: Eine Anmerkung zum Öffentlichen Sektor – und zum BGE

Hier erfolgen einige Anmerkungen darüber, welche Aufgaben auch in der ED lieber nicht durch den Markt, sondern durch die Öffentliche Hand geleistet werden sollten – z.B. kostenlose Schulbildung und Kindergärten usw.

Interessant ist hier eine Auslassung zum Bedingungslosen Grundeinkommen (BGE), genannt „basic income“:

Zitat s. 75:

In den letzten Jahren gab es eine erhebliche Diskussion innerhalb der Linken zum Thema des Verhältnisses von Einkommen und Arbeit, die sich am Thema „basic income“ entzündete. ... Das Thema bleibt: Sollte das **Grundeinkommen** ein Teil der sozialistischen Agenda sein? Speziell: Sollte die ED eine Verpflichtung beinhalten, ein maximales, dauerhaftes Grundeinkommen in ihre institutionelle Struktur aufzunehmen? ...

Zitat s. 76:

Ich muss gestehen, dass ich sowohl aus empirischen als auch aus normativen Gründen skeptisch bin. ... Das Grundeinkommen würde finanziert aus den Steuern derjenigen, die arbeiten. Je mehr Leute das Grundeinkommen in Anspruch nehmen, um nur noch Teilzeit oder gar nicht mehr zu arbeiten, desto höher müssten die Steuern sein, die noch Vollzeit arbeiten. ...

Ich habe auch kein gutes Gefühl bei dem moralischen Prinzip, das hier zur Anwendung kommt, welches einem gesunden, arbeitsfähigen Menschen erlaubt, Anspruch anzumelden auf die Früchte der Arbeit anderer, ohne verpflichtet zu sein, irgendetwas als Gegenleistung zu liefern. Die Sozialisten haben immer argumentiert, dass Kapitaleinkommen aus der unbezahlten Arbeit derer stammt, die arbeiten – und dass Kapitaleinkommen daher ausbeuterisch ist. Wie wir in Kapitel 2 sahen, ist das Argument im Wesentlichen korrekt. Solange Arbeit kein Spaß ist – und das ist sie für die meisten Leute nicht, und sie wird es auch in der ED nicht plötzlich wie durch ein Wunder werden – sollten Sozialisten auf einer gewissen Reziprozität bestehen. In meiner Vorstellung ist es viel besser – moralisch und programmatisch – die öffentlichen Gelder zielgerichtet zu verwenden für eine Mindest-Gesundheitsversorgung, Kundenbetreuung, Ausbildung und Rentenversicherung, und gleichzeitig anständige Arbeitsplätze für alle arbeitsfähigen Bürger zu garantieren, deren Löhne in eine allgemein akzeptierte Spanne fallen – als jedermann/frau ein Bedingungsloses Grundeinkommen zu garantieren, auch denen, die zwar bezahlte Arbeit aufnehmen könnten, es aber nicht wollen.

### 1.3.5 Kapitel 3.5: Fairer Handel statt Freihandel

Zitat S. 77:

In der ED gibt es deutliche Unterschiede in der Art des Außenhandels (im Vergleich zum Kapitalismus). Vor allem gibt es in der ED so gut wie keinen Kapitalverkehr über die nationalen Grenzen hinweg. Die Unternehmen in der ED werden nicht ins Ausland abwandern, denn sie werden ja von ihren Arbeitern kontrolliert. Das Finanzkapital wird ebenfalls zuhause bleiben, denn die Investment-Fonds werden öffentlich geschaffen und sind gesetzlich zur Investition im Inland verpflichtet. Kapital fließt nicht außer Landes – außer vielleicht ein kleiner Betrag an privaten Ersparnissen ...

Zitat S. 78:

Um sich vor schädlichen Einflüssen abzuschirmen und gleichzeitig beizutragen zur Reduktion der weltweiten Armut, sollte die ED eine Politik des Fairen Handels im Gegensatz zum Freihandel verfolgen. Freihandel ist in Ordnung, solange die Handelspartner ungefähr gleich sind in Bezug auf Arbeitslöhne und Umwelt-

Regulierung. Jedoch wird die ED beim Handel mit ärmeren Ländern oder solchen, in welchen die Umweltschutzbestimmungen lax sind, eine Politik des „Sozialistischen Protektionismus“ betreiben.

S. 79:

- Ein „Social tariff“ (sozialistischer Zoll?) wird auf Importwaren erhoben zum Ausgleich für Niedriglöhne oder fehlende Verpflichtung auf soziale Ziele betreffend die Umwelt, Arbeitergesundheit oder –Sicherheit, und Gemeinwohl.
- Alle Zolleinnahmen werden an die betreffenden Länder zurückgeleitet (Achim ergänzt: im Sinne der Entwicklungshilfe und Armutsbehebung – z.B. Zuwendung an dort tätige NGOs.)

#### **1.4 Kapitel 4 „Capitalism and its Discontents“**

Aus der Zusammenfassung von Kapitel 4 und 5 auf S. 18:

Kapitel 4 und 5 beinhalten den Kern der Argumentation, nämlich die Gegenüberstellung von Kapitalismus und Economic Democracy. **Kapitel 4 untersucht sechs Grundübel des Kapitalismus:**

- Massive Ungleichheit
- Demoralisierend hohe Arbeitslosigkeit
- Unnötige Arbeitsbelastung
- Entsetzliche Armut, sowohl innerhalb der Länder wie auch weltweit
- Das Fehlen einer echten Demokratie
- Systematische und andauernde Umweltzerstörung

**Kapitel 4 zeigt, wie diese Phänomene mit den Merkmalen des Kapitalismus zusammenhängen.**

#### **1.5 Kapitel 5 „Economic Democracy: Why we need it“ („ED: Warum wir sie brauchen“)**

Aus der Zusammenfassung von Kapitel 4 und 5 auf S. 18:

Kapitel 5 untersucht, wie sich die Einführung der Economic Democracy auf die in Kapitel 4 dargestellten Phänomene des Kapitalismus (Ungleichheit, Arbeitslosigkeit usw) auswirken würde. Es zeigt sich, dass die ED in allen Aspekten besser abschneidet als der Kapitalismus.

Im Einzelnen zeigt David die Verbesserungen durch die ED auf folgenden Feldern:

##### **1.5.1 Kapitel 5.1 „Demokratie am Arbeitsplatz: Wie sich das Verhalten der Firmen durch die neue Firmenstruktur verändert.“ (S. 128)**

(S. 129:) ... Es gibt eine zweite Verhaltensänderung der Firmen – abgesehen von der Abneigung gegen eine Senkung der Arbeitskosten – , die weitreichende Auswirkungen haben wird: *Erfolgreiche mitarbeitergeführte Firmen haben, im Gegensatz zu kapitalistischen Firmen, **keinen inneren Drang zum Wachstum.*** Dafür gibt es zwei Gründe. Der erste wurde schon oft von Ökonomen festgestellt: Obwohl beide, kapitalistische und demokratische Firmen, danach streben, Gewinn zu erzielen, ist die zu maximierende Größe nicht dieselbe. Grob gesagt, streben kapitalistische Firmen nach Maximierung des Gesamtgewinns, wogegen demokratische Firmen den Gewinn pro Kopf der Belegschaft maximieren wollen. Dieser Unterschied bewirkt eine unterschiedliche Dynamik, wenn es um Expansion geht. ...

- Firmen in der ED werden tendenziell kleiner sein als vergleichbare kapitalistische Firmen ...

- Firmen in der ED werden nicht so intensiv in Konkurrenz miteinander treten wie kapitalistische Firmen. Der Wettbewerb wird eher defensiven als aggressiven Charakter annehmen. ...
- Die Tendenzen zur Monopolbildung werden abnehmen. ...

### 1.5.2 (S. 131:) Kapitel 5.2 „Ungleichheit“

... Wir können erwarten, dass die demokratisierten Firmen egalitärer sein werden als kapitalistische Firmen. (Achim ergänzt: das heißt, die Gehälterspreizung wird geringer sein.)

### 1.5.3 (S. 135:) Kapitel 5.3 „Arbeitslosigkeit“

In der ED ist Vollbeschäftigung möglich, denn:

- Die ED hängt nicht ab von privaten Investoren. Es gibt keine Klasse von Leuten mehr, die „das Vertrauen in die Wirtschaft verlieren“ und dann ihr Geld in Wertpapieren zwischensparen oder gleich ins Ausland transferieren. ...
- Die Politik des „**sozialistischen Protektionismus**“ trägt auch dazu bei, die Gefahr einer Rezession abzuwehren. Denn erstens kann das Kapital in der ED nicht ins Ausland fliehen, wenn die Anlegemöglichkeiten im Inland einmal abnehmen; zweitens verhindert der sozialistische Protektionismus den Lohnsenkungsdruck, der im Kapitalismus durch die Billigimporte aus Niedriglohnländern ausgeübt wird.

(S. 137:) Wie wir gesehen haben, ist der Kapitalismus grundsätzlich inkompatibel mit Vollbeschäftigung. Die Drohung mit Arbeitsplatzverlust ist das wichtigste Disziplinierungsmittel des Systems. – Ganz anders in der ED: Hier ist keine Arbeitslosigkeit nötig, um die Arbeiter zur Disziplin zu zwingen: Der wesentliche Anreiz zur Disziplin ist positiv! Man arbeitet fleißig, weil das eigene Einkommen wie das der Kollegen direkt vom Gewinn der Firma abhängt. Jeder weiß auch, dass mögliches eigenes Fehlverhalten direkt das Wohlergehen der Kollegen beeinträchtigt und daher von diesen nicht ohne weiteres akzeptiert wird. Die große Peitsche, die Furcht vor Arbeitsplatzverlust, wird ersetzt durch das Zuckerbrot der Gewinnbeteiligung, verbunden mit einem sanften Druck durch Missbilligung seitens der Kollegen, wenn nötig.

Da Arbeitslosigkeit in der ED kein systemnotwendiger Bestandteil ist wie im Kapitalismus, ist Vollbeschäftigung in der ED möglich, im Kapitalismus dagegen nicht.

### 1.5.4 (S. 140:) Kapitel 5.4 „Überarbeitung, Leistungsdruck“

Es mag für viele nicht sofort einsichtig sein, dass wir den technischen Fortschritt dazu verwenden sollten, zu entschleunigen, den Konsum zu reduzieren, und uns für mehr freie Zeit oder mehr Sinnerfüllung in der Arbeit zu entscheiden. Diese Einsicht würde sich aber schnell ausbreiten, wenn jedermann/frau die freie Wahl hätte zwischen mehr Konsum oder mehr freier Zeit (Achim ergänzt: Das heißt: Freie Wahl zwischen Lohnzuwachs oder Arbeitszeitverkürzung). Unglücklicherweise wird es diese freie Wahl nicht geben, solange der Kapitalismus dominiert.

### 1.5.5 (S. 143:) Kapitel 5.5 „Armut“

Ohne auf Einzelheiten einzugehen, liste ich einfach mal die Überschriften der Unterkapitel von 5.5 auf; daran sieht man schon, welche wichtigen Aspekte David Schweickart hier durchdiskutiert:

- 5.5.1 Armut in reichen Ländern

- 5.5.2 Eine Anmerkung zum Rassismus
- 5.5.3 Eine Anmerkung zu Einwanderung und Migration  
Hier schreibt David einen interessanten Satz:
  - „Es ist im Prinzip nicht falsch und auch nicht rassistisch, wenn ein Land die Absicht hat, das Volumen der Einwanderung („flow of immigration“) zu beschränken.
 Es folgen bemerkenswerte Gedanken zum Vor- und Nachteil der Ein- und Auswanderung bezogen auf arme und reiche Länder. Das erinnert mich an eine Diskussion zum Thema „Konkurrenz durch Immigranten, die zu Niedriglöhnen arbeiten (müssen)“, die wir kürzlich bei Attac München hatten.
- 5.5.4 Armut in armen Ländern

### **1.5.6 (S. 151:) Kapitel 5.6 „Demokratie“**

David zeigt, dass die Economic Democracy zu mehr Demokratie führt.  
Die Einzelheiten dieses Kapitels überspringe ich vorerst, aus Zeitgründen.

### **1.5.7 (S. 156:) Kapitel 5.7 „Ökologie, Umweltschutz“**

David zeigt, dass die Economic Democracy zu mehr Ökologie und Umweltschutz führt.  
Die Einzelheiten dieses Kapitels überspringe ich vorerst, aus Zeitgründen.

## **1.6 Kapitel 6 „Getting from here to there“**

Zusammenfassung auf Seite 18 des Buches:

Wir haben gesehen, dass das ED-Modell eine Reihe von **Reformen** empfiehlt, die sofort angepackt werden können und sollten, bevor der Kapitalismus in eine existenzielle Krise gerät. – Was (jedoch) eine **Revolution** betrifft, so biete ich **zwei verschiedene Szenarios** an für das Hinaustreten aus dem Kapitalismus, hinein in eine echte Economic Democracy.

Und David fährt fort mit einem Verweis auf den alten Marx (S. 18):

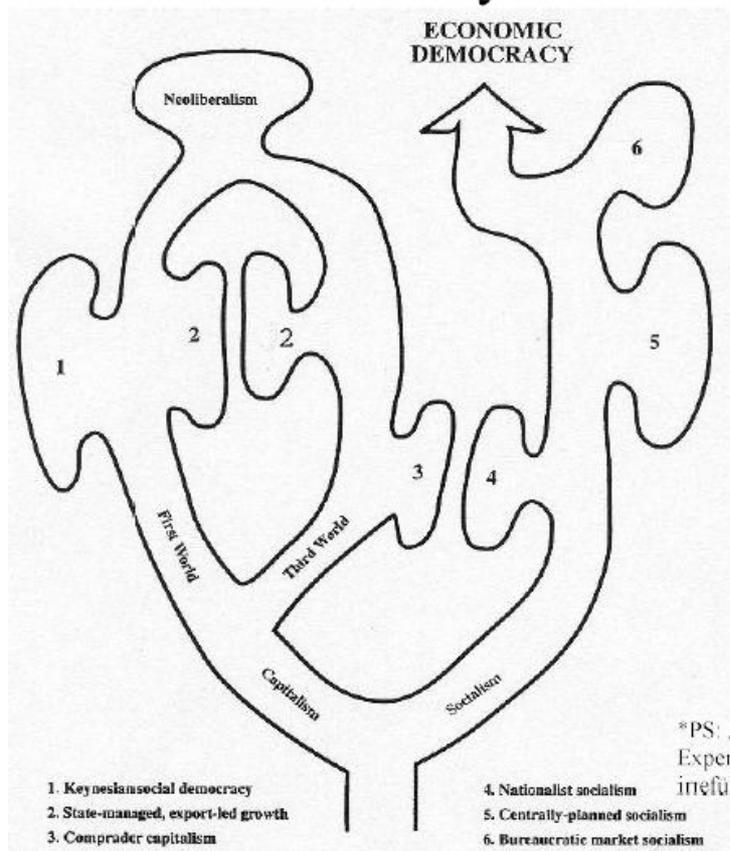
Zusammengefasst kann man sagen, dass „*After Capitalism*“ anknüpft an das *Kommunistische Manifest* (aus dem wir eingangs dieses Kapitels 1 ein Zitat verwendet haben). Meine Meinung ist, dass eine Art „**Neuer Kommunismus**“, der zumindest teilweise inspiriert ist vom ursprünglichen „Manifest“, höchst erstrebenswert wäre.

Gehen wir mal die Teile von Kapitel 6 im Einzelnen durch.

### **1.6.1 (S. 161:) Kapitel 6.1 „Economic Democracy als Orientierungshilfe“**

Hier präsentiert David ein Bild „Figure 6.1 „Wirtschafts-Modellversuche im 20. Jahrhundert“.

# Twentieth Century Economic Experiments



Die Economic Democracy als Weiterentwicklung bisheriger sozialistischer Experimente. Der kapitalistische, neoliberale Ast ist dagegen eine Sackgasse.

\*PS: „Nationalist socialism“ bezieht sich auf Experimente in Libyen etc. Der Name ist etwas irreführend.

(Original-Diagramm von D. Schweickart)

Figure 6.1 des Buches „After Capitalism“ – wiedergegeben in meinen Folien

[http://www.kiesweg.de/Economic-Democracy/060705\\_Achim\\_AKGrdl\\_ED%28Ac060704.1646%29.pdf](http://www.kiesweg.de/Economic-Democracy/060705_Achim_AKGrdl_ED%28Ac060704.1646%29.pdf) als Foile 12 von 29.

David zeigt im Text, wie das Konzept der ED hilft, die bisherigen Ökonomien des 19. und 20. Jahrhunderts zu verstehen.

## 1.6.2 (S. 167:) Kapitel 6.2 „Reformen auf dem Weg zur Economic Democracy“

David fordert zu einer Reihe von Reformen auf, die als Schritt in die richtige Richtung gelten können. Welche Reformen er meint, sieht man anhand der Kapitel-Überschriften:

- 6.2.1 Die Ausweitung und Vertiefung der Demokratie am Arbeitsplatz
- 6.2.2 Stärkere gesellschaftliche Steuerung der Investitionen.
  - Ökosteuer und andere Gesetze zugunsten der Umwelt.
  - Regulierung des internationalen Kapitalverkehrs.
  - Demokratisierung und Regulierung des Bankwesens mit dem Ziel, dass die Zentralbank (in USA: Federal Reserve System) mehr dem Wählerwillen Rechenschaft ablegen muss, und dass die örtlichen Banken den Gemeinden Bericht erstatten müssen.
  - Demokratisierung der Rentenfonds – so dass die Mitglieder und die Gesellschaft bestimmen können, was mit ihrem Geld geschieht.
  - Einführung einer Kapitalsteuer, deren Einnahmen für Investitionen seitens der Kommunen und zur Schaffung von Arbeitsplätzen verwendet werden.
- 6.2.3 Stärkung des Fairen Handels gegenüber dem Freihandel

- Durch Zölle geschützter fairer Handel anstelle des Freihandels, und zwar dort, wo zwischen den beteiligten Ländern große Unterschiede bestehen hinsichtlich der Arbeitslöhne oder der Umweltschutzbestimmungen.
- Alle Einnahmen aus diesen Zöllen sollen an die armen Länder zurückgegeben werden.

### 1.6.3 (S. 170:) Kapitel 6.3 „Von der Reform zur Revolution“

David stellt klar, dass die Implementierung der oben genannten Reformen noch keine Economic Democracy darstellen. Am Ende wird doch eine Revolution nötig sein. Hier diskutiert David nun zwei Varianten: **a) eine „radikale und schnelle“ Revolution**, und **b) eine „gefühlvollere“, langsamere Umwälzung**, die Rücksicht nimmt auf die Bindungen, die viele Millionen von Bürgern, zumindest in den USA, an die heutigen finanziellen Einrichtungen im Kapitalismus haben, und die sie nicht ersatzlos verlieren möchten. Beide Arten der Revolution führen aber laut David zur Economic Democracy.

David denkt hier an eine Revolution in den USA.

#### • 6.3.1 Radikal und schnell

David denkt hier z.B. an einen „Erdrutschsieg“ einer radikalen, linken Partei infolge massiver Wirtschaftskrisen (in den USA). Die neue Regierung würde folgende Gesetze erlassen:

- Erstens: Alle Firmen sind ab sofort von der Verpflichtung befreit, Zinsen oder Dividenden an private Einzelpersonen oder private Institute zu zahlen.
- Zweitens: Die juristische Herrschaft über alle Firmen mit mehr als N Mitarbeitern (wobei N eine ziemlich kleine Zahl ist) geht ab sofort in die Hände der Belegschaft über, wobei alle Mitarbeiter gleiches Stimmrecht haben.
- Drittens: Alle Formen müssen eine Einheits-Steuer auf ihr Firmenkapital zahlen (einheitlicher Steuersatz). Die Steuereinnahmen fließen in den „Nationalen Investitions-Fonds.“
- Viertens werden alle Banken in öffentliche, staatliche Banken umgewandelt. Diese öffentlichen Banken werden sodann verpflichtet, Anträge auf Investitionskredite entgegenzunehmen und zu bewilligen mit den Mitteln, die aus dem Nationalen Investitions-Fonds stammen – unter Anwendung der zwei Kriterien: Profitabilität und Schaffung von Arbeitsplätzen.

#### • 6.3.2 Dasselbe nochmal, aber diesmal mit Gefühl (für die Aktionäre)

Hier diskutiert David, wie man die obigen Maßnahmen (Ende der Zinszahlungen an Private; Vergesellschaftung der Firmen und der Banken usw) in kleineren Schritten durchführen kann, so dass z.B. kleine Sparer und Kleinaktionäre nicht schlagartig ihr Geldvermögen in den Wind schreiben müssen. Diesen Weg hält David für realistischer, da er vermutlich auf mehr Zustimmung und Verständnis bei der Mehrheit der Amerikaner stoßen könnte.

### 1.6.4 (S. 177:) Kapitel 6.4 „Ein neuer Kommunismus?“

Hier behauptet David, dass die Economic Democracy – obwohl sie das persönliche Privateigentum bestehen lässt und obwohl sie den Markt, die Ware und das Geld als Mittel der Ökonomie bestehen lässt, bei Licht besehen genau die Ziele verwirklicht, von denen die Kommunisten immer geträumt haben:

- Verringerung des Reichs der Notwendigkeit;

- Vergrößerung des Reichs der Freiheit;
- Überwindung der Armut
- Aufhebung der Klassengesellschaft:
- Absterben der staatlichen Gewalt, da die nicht mehr benötigt wird, um das Privateigentum an Produktionsmitteln gegen die vielen Mittellosen zu verteidigen.

Diese Schlussfolgerung, dass die ED, als „Marktsozialismus“, genau das wäre, was Marx eigentlich immer anstrebte, ist natürlich eine gewagte Hypothese, die innerhalb der Marxisten zunächst auf großen Widerspruch stoßen wird. Es gibt im Internet lebhaft Diskussionen in sozialistischen Kreisen, inwiefern ein „Marktsozialismus“ als Sozialismus oder gar Kommunismus gelten kann oder nicht; Schweickart erwähnt hierzu ein Buch von Bertell Ollmann, 1998 ([MS1998]), siehe Literaturverzeichnis am Anfang dieses Aufsatzes.

### **1.7 Ende – „Über den Autor“ / „About the author“**

Das Buch „After Capitalism“ (2002) endet mit diesem Lebenslauf:

David Schweickart ist Professor für Philosophie an der Loyola Universität Chicago. Er hat je einen Dokortitel in Mathematik und Philosophie. Er ist Autor von „Kapitalismus oder Arbeiter-Vorherrschaft (englisch: worker control): Eine moralische und ökonomische Bewertung“, „Gegen den Kapitalismus (Against Capitalism)“ und zahlreicher Artikel über gesellschaftliche, politische und ökonomische Fragen der Philosophie. Seine Werke wurden ins Französische, Spanische, Katalanische und Chinesische übersetzt.

## **2 Sekundärliteratur: Mehr über die ED und David Schweickart**

### **2.1 Zusammenfassung der Economic Democracy auf Wikipedia**

([http://en.wikipedia.org/wiki/David\\_Schweickart](http://en.wikipedia.org/wiki/David_Schweickart)):

In *After Capitalism* and other works, Schweickart has developed the model of [market socialism](#) he refers to as "[economic democracy](#)". It embodies several key ideas:

- Workplace self-management, including election of supervisors
- Management of capital investment by a form of public banking
- A [market](#) for goods, [raw materials](#), instruments of production, etc.
- Protectionism to enforce trade equality between nations

The firms and factories are owned by society and managed by the workers. These enterprises, so managed, compete in markets to sell their goods. [Profit](#) is shared by the workers. Each enterprise is taxed for the capital they employ, and that tax is distributed to public [banks](#), who fund expansion of existing and new industry.

## **3 Meine Fragen, wie angekündigt**

### 3.1 Was sind die Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen der ED und der GWÖ?

	<b>Economic Democracy</b>	<b>Gemeinwohl-Ökonomie</b>	Fazit
<b>Markt, Eigentum</b>	Warenmarkt ja; Beschränkung des Privateigentums an Produktionsmitteln.	Warenmarkt ja; Beschränkung des Privateigentums an Produktionsmitteln.	<b>Übereinstimmung</b>
<b>Finanzmarkt, Börse, Aktiengesellschaften</b>	Abgeschafft	Abgeschafft	<b>Übereinstimmung</b>
<b>Bankwesen</b>	„National Investment Fund“ mit regionalen Filialen	Demokratische Bank mit regionalen Filialen	<b>Übereinstimmung.</b> Es ist ein <b>Kernpunkt</b> sowohl bei <b>ED</b> als auch <b>GWÖ</b> .
<b>Privates Firmeneigentum (große Firmen)</b>	Arbeiter-Selbstverwaltung	Genossenschaften, Mitarbeiterunternehmen, aber auch Eigentum der Gesellschaft	<b>Übereinstimmung</b> (im Prinzip). In der <b>ED</b> ist dies ein <b>Kernpunkt</b> , in der <b>GWÖ</b> weniger.
<b>Kleine Firmen</b>	Dürfen konventionell weitermachen (Lohnarbeit etc)	Firmen mit weniger als 5000 Mitarbeitern nur teilweise vergesellschaftet	<b>Übereinstimmung</b> (im Prinzip)
<b>Lohnarbeit</b>	Soll weitgehend verschwinden	Das Wort kommt nicht vor (oder?)	<b>Übereinstimmung, aber:</b> <b>ED: Kernpunkt!</b> <b>GWÖ: Weniger klar.</b>
<b>Zins?</b>	Investitionskredite: Zinslos. Privatkredite (Bausparen etc): Zins ist zulässig.	Zins soll auf 0 fallen. Bank darf nur „Bearbeitungsgebühr“ verlangen.	<b>Übereinstimmung</b> im Prinzip: Zins-einnahmen sollen verschwinden.
<b>Förderung des Gemeinwohls und der Kooperation</b>	Kreditvergabe durch Regionalbank soll Gemeinwohlaspekte im Auge haben (z.B. Schaffung von Arbeitsplätzen).	Genauere Vorgaben: „Gemeinwohlpunkte“ und Gemeinwohlabilanz anstelle finanzieller Bilanz. Belohnung für Gutverhalten durch die Kunden und die Dem.Bank.	<b>Übereinstimmung, aber:</b> <b>ED:</b> Überlässt es den Firmen und der Bank. <b>GWÖ: Kernpunkt!</b> Zurückdrängen des Finanzgewinn.
<b>Vermögensbegrenzung, Umverteilung</b>	Diverse Maßnahmen gegen große Vermögen.	Diverse Maßnahmen gegen große Vermögen.	<b>Übereinstimmung</b> (im Prinzip)
<b>Einkommensspreizung</b>	Ziel: Ende der Einkommen aus Vermögen. – Reduzierte Spreizung bei Einkommen aus Arbeit.	Ziel: Ende der Einkommen aus Vermögen. – Reduzierte Spreizung bei Einkommen aus Arbeit.	<b>Übereinstimmung</b> (im Prinzip)

	<b>Economic Democracy</b>	<b>Gemeinwohl-Ökonomie</b>	Fazit
<b>Geldreform?</b>	Keine Notwendigkeit dafür.	Kein Schwerpunkt. Regionalgeld wird aber wohlwollend betrachtet.	<b>Übereinstimmung</b> (im Prinzip)
<b>Wo kommt das Geld für Investitionskredite her?</b>	„Kapitalsteuer“, von allen Firmen an die Regionalbank anzuführen. – Privates Sparen ist zweitrangig.	Annahme, dass private Spareinlagen ausreichen  (wenn ich es richtig verstanden habe).	<b>Unterschied:</b> <b>ED:</b> Spareinlagen durch Besteuerung. <b>GWÖ:</b> Unklar.
<b>Außenhandels-Beziehungen</b>	„Socialist protectionism“: Zölle; Verwendung der Einnahmen zur Entwicklungshilfe	(Keine Angaben)	<b>Unterschied:</b> <b>ED</b> hat eine Lösung; <b>GWÖ</b> hat sich nicht geäußert.
<b>Geistige Wurzeln</b>	D.S. sieht die ED als Folgerung aus dem Historischen Materialismus (Marx), und 100 Jahren Sozialismus-Versuchen.	Chr. Felber kommt vom Spiritualismus.	<b>Unterschied:</b> <b>ED:</b> „Das Kapital, Band 4“ ? <b>GWÖ:</b> Geht von „neuen Werten“ aus.

### 3.2 **Wie geht die ED gegen Arbeitslosigkeit vor? Wird die Arbeit in der ED fair verteilt sein?**

Die Arbeitslosigkeit sollte in der ED zurückgehen; **Vollbeschäftigung soll erreicht werden** durch:

- **Kreditvergabe** bevorzugt an Firmen, die Jobs schaffen.
- **Wegfall des Zwangs zum Abführen maximaler Profite/Zinsen** an Kapitalgeber – dadurch sind auch Firmen mit niedrigen Gewinnen noch rentabel und können sich bei nachteiliger Produktivität/Effizienz noch am Markt halten.
- **Mehr Gemütlichkeit in der Arbeit, keine Beschimpfung als „low performer“:** Durch den Wegfall des Zwangs zur Rentabilitätsmaximierung (um privaten Investoren zu gefallen) tritt eine „neue Gemütlichkeit“ in der Arbeitswelt ein. Dadurch können auch bedächtiger Mitarbeiter in der Belegschaft gehalten werden und werden nicht mehr als „low performer“ entlassen wie heute.
- **„Low performer“ werden nicht entlassen sondern verdienen nur weniger.** Desgleichen Teilzeitarbeiter. Sie verdienen weniger als vollzeitarbeitende Spitzenkräfte, bleiben aber in der Belegschaft. Und da das Lohnniveau allgemein höher sein wird, reicht ein reduzierter Lohn immer noch für ein gutes Leben aus.
- **Wettbewerbsausgleich durch die Regionalbank:** Sie hat – wie die Caja Laboral in Mondragon – die Möglichkeit, Supergewinne wegzusteuern und schwächere Firmen zu fördern: Schaffung gleicher Produktionsbedingungen.
- **Sozialverträgliche Einführung neuer Technologien:** Wenn eine Firma einen Produktivitätssprung macht durch eine neue Technik, dann kann die Regionalbank dafür sorgen, dass sich diese Technik allgemein ausbreitet und die Arbeitsteilung so angepasst wird, dass nur Nutzen und kein Schaden aus der neuen Technik entsteht. (Der Weberaufstand im 19. Jahrhundert wäre überflüssig gewesen, wenn damals bereits die ED anstelle des Kapitalismus existiert hätte.) – Ähnlich wie die Branchen-Kooperation in der GWÖ.
- **Arbeitszeitverkürzung durch bessere Bezahlung der Arbeit:** Die Arbeit wird besser bezahlt, da sämtliche Gewinne den Arbeitenden gehören. Daher können sie auch bei reduzierter Arbeit (mehr Urlaub, frühere Rente) gut leben und werden dies

logischerweise anstreben. Sie haben auch die Möglichkeit, die kürzere Arbeitszeit durchzusetzen: Sie sind ja **ihre eigenen Arbeitgeber**.

- **Arbeitszeitverkürzung führt zu mehr Nachfrage nach Arbeitskräften und fairer Verteilung der Arbeit:** Durch den Wegfall der Kapitalprofite wird Arbeit besser bezahlt, daher wird Arbeitszeitverkürzung für viele attraktiv; dadurch sind die Firmen auch auf Teilzeitkräfte und Ältere angewiesen, um die Arbeit zu erledigen.

### **3.3 David's Überlegungen zur Einführung der ED: Auf einen Schlag, oder Schritt für Schritt? Revolution oder Evolution?**

Siehe oben.

### **3.4 Was sieht die ED vor, um sich gegen Angriffe aus dem kapitalistischen Umland zu wehren (falls die Befreiung vom Kapitalismus zunächst nur regional gelingt)?**

Siehe oben, Stichwort „Sozialistischer Protektionismus“ und „Fairer Handel“.

### **3.5 Wo steht die ED aktuell? Gibt es Erfolge zu melden?**

- David hält seit 20 Jahren Vorträge weltweit (leider bisher noch nicht in Deutschland). Siehe Kapitel „Links“ und „Videos“ weiter oben.
- Amerikanische Stahlarbeiter haben kürzlich (Okt. 2009) einen Kooperationsvertrag mit der Kooperative Mondragon geschlossen. David weist darauf hin am Ende seiner Uppsala-Vortragsfolien. Siehe „Videos“ (oben).

Die praktischen Erfolge sind jedoch noch zu wenig.

- Kann Attac helfen?
- Ich habe David eingeladen, nach Deutschland zu kommen und uns einen Vortrag zu halten, z.B. diesen Sommer (2011). Er will es in Betracht ziehen.

### **3.6 Wäre die ED eine mögliche „andere Welt“ im Sinne von Attac? Können wir die ED und die GWÖ gemeinsam voranbringen – diesseits und jenseits des Atlantiks?**

Vorschlag:

- Das Beste aus ED und GWÖ herauskristallisieren und als Modell der anderen Welt, die Attac anstrebt, beschließen.
- Dann beidseits des Atlantiks daran arbeiten, dass diese **Attac-ED-GWÖ** Wirklichkeit wird: **Von Nord- und Südamerika über Europa/Afrika bis China, Japan und Australien.**

**Fangen wir in Wien, München und Chicago an!**